

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:13560-2012:TEXT:DE:HTML>

**D-Korbach: Öffentlicher Verkehr (Straße)  
2012/S 9-013560**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

Richtlinie 2004/18/EG

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Stadt Korbach  
Stechbahn 1  
34497 Korbach  
DEUTSCHLAND

**Weitere Auskünfte erteilen:**

IGDB GmbH  
Im Steingrund 3  
Zu Händen von: Frau Hund  
63303 Dreieich  
DEUTSCHLAND

Telefon: +49 6103-5067120

E-Mail: [ausschreibung@igdb.de](mailto:ausschreibung@igdb.de)

Fax: +49 6103-5067121

Internet-Adresse: <http://www.igdb.de>

**Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:**

IGDB GmbH  
Im Steingrund 3  
Zu Händen von: Frau Hund  
63303 Dreieich  
DEUTSCHLAND

Telefon: +49 6103-5067120

E-Mail: [ausschreibung@igdb.de](mailto:ausschreibung@igdb.de)

Fax: +49 6103-5067121

Internet-Adresse: <http://www.igdb.de>

**Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:**

IGDB GmbH  
Im Steingrund 3  
63303 Dreieich  
DEUTSCHLAND

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

**Abschnitt II: Auftragsgegenstand**

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Linienbündel "502: Stadtbus Korbach".

II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 2: Landverkehr [2], einschließlich Geldtransport und Kurierdienste, ohne Postverkehr

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: 34497 Korbach, DEUTSCHLAND  
NUTS-Code DE736

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Linienbündel "502: Stadtbus Korbach".

597.1 Hauptbahnhof - Lebenshilfe - Kreisberufsschule - Grüner Weg u.z.

597.2 Hauptbahnhof - Friedrichstraße - Solinger Straße u.z.

597.3 Hauptbahnhof - Altstadt - Moersstraße - Stadtkrankenhaus - Hauptbahnhof

597.4 Hauptbahnhof - Westring - Stadthalle - Kreishaus - Stadtkrankenhaus u.z.

597.5 Hauptbahnhof - Gewerbegebiet Nord u.z.

Die Linien beinhalten die Erschließung des Stadtgebietes Korbach.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

60112000

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) **Lose**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Die Leistungen im Busverkehr können zu Betriebsstart fahrplanmäßig mit 2 Fahrzeugen (2 Standardbusse, niederflur) und gerundeten 105.503 Nkm (Nutzwagenkilometern) sowie gerundeten 5 254 Fahrplanstunden p.a. erbracht werden. Die Leistung ist grundsätzlich mit Standardbussen, niederflur zu erbringen, davon abweichend können die in der Anlage zum Verkehrsvertrag "Fahrpläne" mit "MBn" gekennzeichneten Kurse auch mit Midibussen, niederflur erbracht werden. Der Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben (z.B. Erdgas, Hybrid) ist zulässig. Diese Fahrzeuge müssen die gleichen Anforderungen erfüllen wie die vergleichbaren Fahrzeuge mit Dieselantrieb (vgl. Anlage zum Verkehrsvertrag "Mindestanforderungen an die Fahrzeuge").

II.2.2) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen: Die Betriebslaufzeit beginnt am 9.12.2012 und endet am 12.12.2020, d.h. sie läuft bis einschl. Samstag vor dem international vereinbarten Fahrplanwechsel der Fahrplanperiode 2021.

Von Seiten des Auftraggebers besteht ein Optionsrecht auf Verlängerung der Betriebslaufzeit von 1 x 2 Jahren bis 10.12.2022, d.h. bis einschl. Samstag vor dem international vereinbarten Fahrplanwechsel der Fahrplanperiode 2023.

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn 9.12.2012. Abschluss 12.12.2020

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Es werden keine Sicherheitsleistungen gefordert.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Die Zahlungsbedingungen richten sich nach § 17 VOL/B (in der zum Zeitpunkt der Bekanntmachung der Ausschreibung gültigen Fassung) soweit im Verkehrsvertrag nebst Anlagen nicht etwas anderes geregelt ist.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Die Abgabe von Angeboten durch Bietergemeinschaften ist zulässig.

Erforderliche Rechtsform bei Auftragserteilung:

— Arbeitsgemeinschaft in Form einer BGB-Gesellschaft oder einer dieser nach ausländischem Recht vergleichbaren Rechtsform,

— Auftragserteilung nur an ein federführendes und bevollmächtigtes Mitglied der Gemeinschaft; gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder.

Eine entsprechende Erklärung ist für den Fall der Bildung einer Bietergemeinschaft gemäß Anlage F zum Angebotsschreiben "Erklärung der Bieter-/ Arbeitsgemeinschaft" abzugeben (vgl. hierzu auch Ziffer 15 der "Aufforderung zur Angebotsabgabe und Bewerbungsbedingungen"). Die Bieter werden darauf hingewiesen, dass nicht nur unter der Anlage F zum Angebotsschreiben "Erklärung der Bieter- / Arbeitsgemeinschaft" die Unterschriften sowie Firmenstempel aller Mitglieder einer Bietergemeinschaft erforderlich sind, sondern auch unter dem Angebotsschreiben sowie allen mit einem eigenen Unterschriftenfeld versehenen Anlagen zum Angebotsschreiben.

Die Bildung von Bietergemeinschaften nach Angebotsabgabe ist unzulässig.

Bieter, die sich im Rahmen einer Bietergemeinschaft an dieser Ausschreibung beteiligen, können darüber hinaus kein eigenständiges Angebot einreichen. Falls derartige Angebote eingehen sollten, würde dies zwingend sowohl zum Ausschluss des Angebotes des betreffenden Einzelbieters als auch - bei Kenntnis der Bietergemeinschaft vom Angebot des Einzelbieters - des Angebotes der Bietergemeinschaft führen.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: —

Bietererklärung zur Zuverlässigkeit einschließlich der Erklärung nach dem Gemeinsamen Runderlass vom 3.4.1995 in der Fassung vom 14.11.2007 (StAnz. S. 2327) über den Ausschluss von Bewerbern und Bietern

wegen schwerer Verfehlungen (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage D zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),

— Selbsteinschätzung: Darlegung zu kommunalwirtschaftsrechtlichen Bestimmungen (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage E zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),

— Erklärung der Bieter- / Arbeitsgemeinschaft (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage F zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden. Die Hinweise auf Seite 1 ff. der Anlage F zum Unterschriftenerfordernis sind zu beachten),

— Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (vgl. § 7 EG Abs. 8 VOL/A), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: die Vorlage einer Gewerbebeanmeldung (für ausländische Bieter: oder vergleichbar). [Dieser Nachweis kann als Kopie erfolgen.],

— Nachweis der fachlichen Eignung i.S. des § 13 Abs. 1 Nr. 3 PBefG i.V.m. § 3 PBZugV:

— > Kopie einer Bescheinigung über die fachliche Eignung, ausgestellt durch die zuständige Behörde (vgl. Anlagen 4 und 6 zur PBZugV). Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise für die Beförderung von Personen im Straßenverkehr, die natürlichen Personen und Gesellschaften aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erteilt wurden, werden in unmittelbarer Anwendung des Art. 10 der Richtlinie 96/26/EG anerkannt.

Oder.

— > Kopie einer Genehmigungsurkunde für den Linienverkehr mit KOM bzw. einer Genehmigungsurkunde für den Verkehr mit Mietomnibussen oder mit Mietwagen. Die Befristung der Laufzeit der erteilten Genehmigung darf nicht vor dem in Ziffer 7 der "Aufforderung zur Angebotsabgabe und Bewerbungsbedingungen" genannten Datum der Angebotsabgabe enden.

Oder.

— > Kopie einer EU-Lizenz entsprechend der EG-VO 684/92 i.d.F. 11/98, erforderlichenfalls zzgl. deutscher Übersetzung. Die Befristung der Laufzeit der erteilten Genehmigung darf nicht vor dem in Ziffer 7 der "Aufforderung zur Angebotsabgabe und Bewerbungsbedingungen" genannten Datum der Angebotsabgabe enden.

### III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: —

Bietererklärung zur finanziellen Leistungsfähigkeit: unterzeichnete Erklärung des Bieters hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage C zum Angebotsschreiben, der Vordruck ist zu verwenden),

— Angabe von vergleichbaren erbrachten Busverkehrsleistungen im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen (falls in Deutschland erbracht: gem. § 42 PBefG; nicht: gem. §§ 43-49 PBefG; Verkehrsleistungen gem. §§ 43-49 PBefG werden nicht berücksichtigt) seit Gründung des Unternehmens, höchstens jedoch seit Beginn (01.01.) der letzten 3 vollen Kalenderjahre vor dem in Ziffer 7 der "Aufforderung zur Angebotsabgabe und Bewerbungsbedingungen" genannten Termin zur Angebotsabgabe (sowie ggf. Auflistung der bereits beauftragten künftig zu erbringenden Verkehrsleistungen); die benannte Anzahl braucht die im Vordruck geforderte Anzahl nicht zu überschreiten (Detaillierte Anforderung an die zu erteilenden Angaben siehe Anlage G zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),

— Bescheinigung in Steuersachen des zuständigen Finanzamtes im Original oder als beglaubigte Kopie [die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültig sein. Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Angebotsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen.],

— Bescheinigung der Gemeinde des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit im Original oder als beglaubigte Kopie [die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültig sein. Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Angebotsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen.].

**III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Ist der Bieter der Auffassung, dass er die ausschreibungsgegenständlichen Leistungen mit einer geringeren Anzahl an Fahrzeugen als die o.g. bzw. die in den Anlagen zum Muster des Verkehrsvertrages ausgewiesene Anzahl an Fahrzeugen erbringen kann, so hat er die Vergabestelle im Rahmen seines Angebotes darüber unter Nachweisführung (Angabe der Anzahl der kalkulierten Fahrzeuge sowie Abgabe der verbindlichen, dem Angebot zu Grunde liegenden Umlaufplanung in Kenntnis zu setzen.

**III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

**III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

**III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

**III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: nein

**Abschnitt IV: Verfahren**

**IV.1) Verfahrensart**

**IV.1.1) Verfahrensart**

Offen

**IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

**IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

**IV.2) Zuschlagskriterien**

**IV.2.1) Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

**IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

**IV.3) Verwaltungsangaben**

**IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

1977

**IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

**Vorinformation**

Bekanntmachungsnummer im ABI: [2011/S 47-077325](#) vom 9.3.2011

**IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 6.2.2012 - 16:00

Kostenpflichtige Unterlagen: ja

Preis: 10,00 EUR

Zahlungsbedingungen und -weise: Bar, Verrechnungsscheck, Überweisung.  
Empfänger: IGDB GmbH.  
Kontonummer: 46131314.  
Bankleitzahl: 506 521 24.  
Bei Kreditinstitut: Sparkasse Langen-Seligenstadt.  
Verwendungszweck (bitte immer angeben !) "Stadtbus Korbach".  
Preis enthält 19 % Mehrwertsteuer.

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

28.2.2012 - 10:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

bis: 4.5.2012

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

— Zur Anwendung des Hessischen Präqualifikationsregisters (HPQR) siehe Aufforderung zur Angebotsabgabe,

— Bei persönlicher Abholung der Vergabeunterlagen ist im Vorfeld mit der IGDB GmbH ein Abholungstermin zu vereinbaren.

Nachr. HAD-Ref.: 990/146.

Nachr. V-Nr/AKZ: 1977.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

64283 Darmstadt

DEUTSCHLAND

Fax: +49 6151125816 (normale Dienstzeiten); +49 6151126834 (00:00 bis 24:00 Uhr)

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen.

Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig. (§ 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
11.1.2012